Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 309. Dienstag den 5. November 1878. 72. Jahrgang.

In Gemäßheit der zum Gesetze vom 5. Juli d. J. erlassenen Ausführungs-Verordnung von demselben Tage sind auf den zeitherigen Termin 1. November a. c. **Grundsteuern nicht zu entrichten**, dagegen werden die hiesigen Grundstücksbesitzer aufgefordert, **die für diesen Termin fälligen städtischen Abgaben als 1,375 ₰ von jeder Grundsteuereinheit von diesem Tage ab bis spätestens 14 Tage nach demselben** an die Stadt-Steuereinnahme allhier — Brühl 51, im blauen Harnisch — zu bezahlen, da nach Ablauf dieser Frist die gesetzlichen Maßregeln gegen die Säumigen eintreten müssen.

Leipzig, den 30. October 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Taube.

Quittung und Dank.

In Folge letztwilliger Verfügung einer edlen Wohlthäterin ist uns heute von deren Erben die Summe von

Dreitausend Mark

überwiesen worden.

Wir quittiren über diese Schenkung mit dem Ausdruck herzlichsten Dankes.

Leipzig, am 1. November 1878.

Die Armen-Anstalt.
Theodor Wagner, d. Zt. Cassirer.

Abwehr und Belehrung.

Man wirft die Frage auf: Freunde und Feinde des Socialistengesetzes stimmen darin überein, daß nicht dieses und der Staat die Gefahren des Socialismus beseitigen können, vielmehr diese Aufgabe der Gesellschaft obliegt, theils durch positive Schöpfungen (Wohlfahrtseinrichtungen und Verbesserungen verschiedenster Art, Beseitigung von Mißständen und Mißbräuchen), theils durch Pflege des religiösen Sinnes und Belehrung. Alles das leuchtet ein. Eine große Frage ist aber nun u. A.: wessen Belehrung soll schon jetzt in Angriff genommen werden?

An die bereits aufgewiegelten Arbeitermassen kann sich diese mit Aussicht auf Erfolg zunächst nicht wenden, selbst wenn, was nicht der Fall ist, die Mittel vorhanden wären, ihr dort Gehör zu verschaffen. Hat eine Feuersbrunst ein ganzes Stadtviertel ergriffen, so verschwendet man auf dieses keine Löschmittel, sondern richtet seine Schutzmaßregeln auf die umliegenden Straßen. Beinahe zwei Jahrzehnte lang haben wir den socialen Brand ungestört auflodern lassen, augenblicklich kann daher nur getrachtet werden, ihn von noch weiterem Umsichgreifen abzuhalten. Die bedrohten, zwar hier und da angesengten, aber meist noch rettbaren Theile sind außer den vom Schwindelgeiste noch nicht ergriffenen Arbeitern ganz besonders die diesen nächststehenden Bürgerclassen. Hier eröffnet sich ein reiches Feld der Thätigkeit, sowohl für jeden Einzelnen, der mit Arbeitern, überhaupt ärmeren Classen, in Berührung kommt, wie für die Presse, für Unterrichtsanstalten und Bildungsvereine.

An diese letzteren tritt nun die Frage heran: wie sie sich Socialdemokraten gegenüber zu verhalten haben. Solche nicht in ihrer Mitte zu dulden, haben bereits einige Volksbildungsvereine beschlossen. „Der Bildungsverein, Organ der Gesellschaft für Volksbildung", warnt jedoch vor Uebereilungen in dieser Richtung. Die Lage einzelner Vereine könne wohl zu diesem extremen Mittel nöthigen, zur allgemeinen und unbedingten Anwendung empfehle es sich jedoch nicht. — Wir können jedoch eine Gefahr weniger in Strenge der Fernhaltung feindlicher, störender Elemente erblicken, als in deren vertrauensvoller Aufnahme und Duldung, welche uns nur in den seltensten Ausnahmefällen und nur versuchsweise rathsam scheint.

Einwenden ließe sich zwar, daß gerade Volksbildungsvereine, wenn sie Leute ausschlössen, welche der Belehrung und Bekehrung am meisten bedürften, den Schein der Unsicherheit, der Ohnmacht, zu der Feigheit auf sich laden würden. Jeder Nichtsocialist indessen, der öfter Versammlungen besucht hat, denen Socialdemokraten beiwohnten, wird schwerlich deren Anwesenheit in Anstalten der Art befürworten. Nicht die Möglichkeit tumultuarischer Auftritte ist es, was vorzugsweise dagegen spricht, sondern die Wahrscheinlichkeit, daß trotz aller Bemühungen des Vorstandes Mitglieder jener Partei es bald dahin bringen würden, das Institut für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Ein Volksbildungsverein darf, kann keine Arena, kein Schlachtfeld für Meinungskämpfe sein. Die Propoganda, welcher Parteiversammlungen künftig verwehrt sind, würde begierig die Gelegenheit ergreifen, unter den Vereinsmitgliedern zu werben, und gewiß mit Erfolg. Fehlt es ihr doch nicht an geschmeidigen Talenten, welche, die Zeitumstände berücksichtigend, behutsam zu Werke gehen und ein hübsches Stück Arbeit vor sich gebracht haben würden, ehe der Vorstand einschreiten könnte. Die unverfänglichsten Themata würden ihr als Nester für ihre Kukukseier dienen. Auch die Polizei könnte plötzlich Allem ein Ende machen.

Wohl bewußt ist uns, daß nicht jeder Socialdemokrat von jener bösartigen Gesinnung erfüllt ist, die aus der Presse und Clubrede der Partei wuthentstellt und höhnisch uns entgegengrinst. So weit haben es Gott sei Dank die Hetzvirtuosen noch nicht gebracht, daß alle ihre Jünger eines Sinnes mit ihnen wären. Alle geistig regsamen Genossen haben jedoch die Taschen voll dialektischer, von sehr geschickten Händen angefertigter Hieb-, Stich- und Schußwaffen gegen alles Bestehende, denen, aus oft entwickelten Gründen, nichts gleich Schneidiges, dem gemeinen Mann Handliches entgegengesetzt werden kann. Die Gegenwart arbeitet zwar daran, die geistigen Waffen für diesen Dienst zu schmieden und sich in ihrem Gebrauche zu üben, für den Geisteskampf von Mann gegen Mann ist aber der Tag noch nicht angebrochen. Vorerst müssen Schutzwälle und Mauern das Ihrige thun. Unverblümt: — lassen wir doch ja ab von dem Wahne, daß mit der echten und in der Wolle gefärbten Socialdemokratie zu pactiren wäre. An „Entgegenkommen" ist ihr durchaus Nichts gelegen. Allen guten Willen auf unserer Seite verlacht sie als „schwächlichen Humanitätsdusel". Weder vom Gegner etwas lernen noch ihn etwas lehren will sie, sondern — die Herrschaft an sich reißen, um mit ihren wahnwitzigen wirthschaftlichen und politischen Plänen zu experimentiren. Zu diesem Zwecke sollen die handarbeitenden und dienenden Classen, also die ungeheuere Mehrzahl jeder Nation, die durch Rede-, Schmeichel- und Gaukelkünste leicht zu leitende Masse, gewonnen und die Umwälzung bewerkstelligt werden, wenn möglich auf parlamentarischem Wege, nöthigenfalls gewaltsam „Wir kämpfen mit dem Wahlzettel oder der Flinte."

Wer nicht zur Socialdemokratie übertreten will, voll und ganz, ist und bleibt ihr Todfeind. Jede dargebotene Hand stößt sie mit Hohn zurück. Keine Vermittelung, keine Versöhnung mit dem „Ordnungspöbel" will sie. Ihre Schriften und Reden sagen laut und deutlich genug: wir „pfeifen" auf euch und eure ganze Wirthschaft, auf Nation, Staat, Gesetz, Religion, Sitte und Bildung. Ihre „neue Ordnung der Dinge", ihre „neue Welt" soll geschaffen werden, es koste was es wolle. — Solchem Feinde gegenüber ist die erste Pflicht: ihn abzuwehren. Ihn zu belehren und zu bekehren kann erst versucht werden, nachdem er sich überzeugt hat, daß er auf dem eingeschlagenen Wege nicht vorwärts kommt und sein Machtbewußtsein gebrochen ist. Alsdann wäre auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß im Umgange mit gemäßigten, verständigen Leuten die Nebelbilder der socialistischen Zauberlaterne, welche den Anhängern bisher fort und fort vorgespiegelt wurden, ihre Phantasie und ihr Urtheil gefangen hielten, nun, da diese Künste nicht länger geübt werden dürfen, allmälig erbleichen und ihren Reiz verlieren. Die völlige Umkehr würde dann vielleicht ein Werk noch späterer Zeit sein.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 4. November.

Der Schwerpunct der politischen Lage ruht noch immer im Orient, wo die alte Rivalität zwischen Rußland und England in besorgnißerregender Weise wieder hervorgetreten ist, um das zu Berlin mühsam geschlossene Friedenswerk ernstlich zu gefährden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das deutsche Cabinet sein ganzes Ansehen aufbieten wird, um die Anfänge des Kriegsbrandes im Keime zu ersticken. Mit welchem Erfolg bleibt abzuwarten. Leider gewinnt es den Anschein, als sollte die beginnende Winterzeit einer stetig vorschreitenden Versumpfung der bestehenden „Fragen" Vorschub leisten. Damit ist denn Gelegenheit gegeben, zu rüsten was das Zeug hält, um im Frühjahr — wenn nicht bis dahin ein Ausgleich gefunden ist — mit Erfolg an das Schwert appelliren zu können. Es ist schwer, heute zu entscheiden, welche Prätentionen größer sind, die Rußlands oder Englands. Ob und wie sie sich erfüllen sollen, darüber weiß heute Niemand Antwort zu geben.

Es giebt Epochen in der Geschichte, bei deren Beginn der Weltgeist selber sich an dem Webstuhl der Zeit zu sitzen scheint; was er diesmal webt, „das weiß kein Weber". Der „ehrliche Makler" wird ferner seine Pflicht thun und darüber wachen, daß nicht Ruhmsucht und Uebermuth das Motiv für einen Weltkrieg hergeben. Als leidenschaftlicher „Rusticus" pflegt Fürst Bismarck sich über seine politischen Pläne in Wald und Feld schlüssig zu machen, um dann die Welt damit zu überraschen, wenn die Stunde der That gekommen ist. Er ist am Sonntag in Berlin eingetroffen; bald nach der Vermählung der Comtesse Marie mit dem Grafen Rantzau wird sich der Fürst wieder auf seine Besitzungen zurückbegeben.

* * *

Unser Bürgerthum muß sich viel mehr rühren, wenn es mit Erfolg den Kampf gegen die Revolution führen will. Träge Ruhe, Unentschlossenheit sind die heftigsten Feinde eines gesunden politischen Lebens. Ein neues Zeugniß dafür, wie weit wir noch im lieben Deutschland davon entfernt sind, mit Erfolg an der Selbstverwaltung theilzunehmen, beweist folgendes Beispiel. Aus dem Großherzogthum Baden wird der Kreuzzeitung geschrieben: Bei der kürzlich erfolgten Stadtverordnetenwahl in Mannheim siegten bei der Abstimmung der dritten Classe die Socialdemokraten mit 518 gegen 387 Stimmen, welche auf die Candidaten der Fortschrittsdemokraten fielen. Es haben allerdings nicht einmal die Hälfte der Stimmberechtigten abgestimmt. Von den Liberalen wurde keine besondere Candidatenliste aufgestellt. Trotzdem ist der Sieg der socialdemokratischen Liste und der Einzug von 16 Socialdemokraten in das Stadtverordneten-Collegium der Handelsstadt Mannheim eine sehr beachtenswerthe Erscheinung.

Die Wirkungen des Socialistengesetzes können erst nach Monaten und Jahren sichtbar hervortreten; die entscheidende Antwort wird nicht früher, als bei den nächsten Reichstagswahlen gegeben werden. Das öffentliche Interesse an dem Gesetze kann sich vorläufig nur auf die Art erstrecken, in welcher die Executivbehörden es handhaben. In dieser Beziehung fehlt es denn freilich schon jetzt nicht an sehr herber Kritik. Namentlich die radicalen Berliner Blätter, mehr Eifer bewährend, als Umsicht, toben über einzelne Verordnungen der Polizei, als sei die Axt an alle Grundwurzeln des verfassungsmäßigen Lebens gelegt. Bei ruhiger Ueberlegung wird man ernsthaft nicht den Vorwurf erheben können, daß die vom Bundesrathstische gegebenen Versprechungen völliger Loyalität in der Handhabung des Gesetzes bisher irgend wie und irgend wo mißachtet worden seien. Die verbotenen Druckschriften und Vereine waren unzweifelhaft Werkzeuge der communistischen Agitation; auch die sechs Flugschriften Lassalle's, welche saisirt sind, machen davon keine Ausnahme; sie haben einen rein aufreizend politischen Charakter und berühren in keiner Weise, was ihr Autor auf wissenschaftlichem Gebiete geleistet hat. Ein Hauptaugenmerk richten die Behörden auf die socialdemokratischen Genossenschaftsbuchdruckereien. Es sind dies die Hauptherde der socialistischen Propaganda und wahre „Musterinstitute" für die Ausbildung zünftiger Agitatoren.

* * *

Der Erzbischof von Bamberg ist von Rom kommend wieder in München eingetroffen. Ob er Krieg oder Frieden in den Falten seiner Soutane verbirgt? Der Papst ist versöhnlich, indessen die vatikanische Camarilla sucht seine Pläne zu durchkreuzen, welche auf einen modus vivendi mit dem deutschen Reiche hinauslaufen. Italien gegenüber hält sich der h. Vater selbst sehr reservirt. Aus Rom wird der „K. Z." gemeldet:

Rom, 30. October. Die Wirkung des an Cardinal Nina geschriebenen Briefes ist in einem Puncte über die Erwartung und selbst den Wunsch des heiligen Vaters hinausgegangen. Die in jenem Schreiben über die Haltung der italienischen Regierung erhobenen Klagen haben nämlich in vielen frommen und hochgestellten Kreisen in Europa eine so wörtliche, wo nicht übertriebene Aufnahme gefunden, daß als Echo eine ganze Anzahl von Einladungen in den Vatican gelangt sind, in denen dem heiligen Vater ruhigere und gesichertere Asyle angeboten werden. Leo XIII. hat nicht umhin gekonnt, auf diese rührende Aufmerksamkeit einigermaßen abwiegelnd zu antworten: er achte im höchsten Grade die Empfindungen, denen solche Anerbietungen entsprängen, aber er halte den Augenblick nicht für geeignet, seinen Posten zu verlassen; vielmehr sei es seine Pflicht, den Nachstellungen seiner Feinde die Stirn zu bieten und das Grab Petri vor ihrer Gier zu schützen. Das wird die frommen Seelen wohl beruhigen. Vor der Hand scheint es indessen, als ob ein anderes Grab hier in den Vordergrund des Interesses treten werde, als das Grab Petri, nämlich das links in St. Peter über einer Seitenthür befindliche Grab von Pius IX. Die den verfährlichen Wegen Leo's feindliche Partei thut ihr Möglichstes, um Wallfahrten in großem Stil und mit so viel Geräusch und Pomp wie möglich nach jener Stätte ins Werk zu setzen, natürlich nur, um dem lebenden Nachfolger zu zeigen, wie tief die katholische Christenheit von der vortrefflichen Politik seines todten Vorgängers durchdrungen ist. Herausforderung und Kriegslist zugleich, ist der Plan dem Papste selbst wohl bekannt und damit schon seiner Spitze beraubt. Von Irland her giebt es jetzt Schwierigkeiten wegen der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Dublin. Es müssen von dort bereits Andeutungen gekommen sein, daß die dortigen „eifrigen Katholiken" so etwas von einem Homeruler zu haben wünschen, während Leo im Gegentheil in dem neuen Primas sich eine Handhabe zur Erreichung seiner, das ganze Inselreich umfassenden Pläne schaffen möchte und sich deshalb nach einem Prälaten umsieht, dem das Wohlgefallen der Regierung zur Seite stände.

* * *

Im Unterhause zu Pest, bei der Vorlegung des Berliner Vertrages wandte sich der ungarische Ministerpräsident Tisza gegen die Behauptung, daß der Berliner Vertrag die Occupation Bosniens von einer vorgängigen Convention abhängig mache. Der Ministerpräsident erklärte nochmals, daß er für die von der Regierung befolgte Politik die Verantwortung übernehme. Der Minister des Auswärtigen (Andrassy) sei aber nur den Delegationen (zur Berathung gemeinsamer Angelegenheiten beider Reichshälften) verantwortlich. Internationale Verträge, welche durch die berechtigten Factoren zu Stande gekommen sein, könnten nicht von der Legislative eines Staates angefochten werden, ohne daß dadurch die Basis des gesammten internationalen Rechtes erschüttert werde. Tisza stellte auf das Bestimmteste die Existenz einer in Reichstadt getroffenen Abmachung in Abrede. — Der Antrag des Ministerpräsidenten, die Wahl der Delegation am Dienstag vorzunehmen, wurde angenommen.

* * *

Graf Beust, designirt für Paris, wartet noch immer in London die Rückkunft der Königin aus Balmoral ab, um ihr sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Dies dürfte in der letzten Woche dieses Monats geschehen, worauf sich der Graf nach Paris begeben wird. Bevor er jedoch dort sich bleibend einrichtet, beabsichtigt er noch einen Abstecher nach Wien zu machen, um dort seine letzten Verhaltungsbefehle in Empfang zu nehmen. — Gladstone's neueste Ansprache athmet denselben Geist, wie alle seine Reden, die er seit Beginn der orientalischen Wirren gehalten hat. Der Türke ist und bleibt ihm mit Recht ein Greuel. Er verurtheilt die Politik des Tory-Cabinets auf das Schärfste. — Die Afghanische Frage wird in London sehr ernst aufgefaßt. Man weiß, der Emir ist kein zu unterschätzender Gegner. 1839 und 1842 gab es in Afghanistan noch gar keine reguläre Armee und kaum eine Artillerie. Diese ist jetzt sehr zahlreich und besteht zum Theil aus Krupp-Kanonen, die dem Emir von seinem russischen Alliirten zum Geschenk gemacht sein sollen. Schir Ali hat selbst Gewehr- und Kanonenfabriken in Kabul, welche die alten Gewehre ohne Schwierigkeit in Hinterlader umwandeln und Kanonen der neuesten Construction liefern. Die erforderlichen Arbeiter, vielleicht auch das Material, mag er, wie man schreibt, aus Tula erhalten haben; aber sie sind da. Außerdem ist jeder Afghane ein Krieger, von Jugend auf im Waffenhandwerk geübt, und die afghanische Reiterei übertrifft durch Kühnheit und Gewandheit alle Cavalleristen der Welt. Das Aufgebot aller Krieger der Nation (4,500,000 Seelen) wird den Emir an die Spitze einer Armee von 200,000 stolzer, muthiger, fanatischer Kämpfer stellen, welche die Wildnisse, Gebirge und Päße des unwegsamen Landes besser kennen, als die Engländer. Jede Niederlage, welche den Engländern durch die Schwierigkeiten der Natur und durch die wilde afghanische Tapferkeit beigebracht wird, muß die an der Grenze bereit stehenden Russen in das Land locken, um das von den Afghanen begonnene Werk zu vervollständigen. Wohl ist die Lage sehr ernst und es kann daher gar nicht auffallen, daß die Toryregierung zaudert, ehe sie den Rubicon überschreitet. Nur kommt die Ueberlegung etwas spät, wie das der Fall mit allen leichten Herzen ist.

Der „Kölnischen Zeitung" wird aus London gemeldet, die Verhandlungen zwischen England und Portugal wegen Abtretung der Delagoa-Bai seien zum Abschlusse gelangt. England zahle an Portugal 600,000 Pfd. Sterl. Es solle sofort eine Eisenbahn von der Bai nach Transvaal angelegt werden.

Berliner Briefe.

*** Berlin, 3. November. (Die Pläne des Reichskanzlers in der inneren Politik. Die Finanzfrage in der Justizorganisation. Die Socialdemokraten über die Unterdrückung ihrer neuen Journale.) Die Antwort des Fürsten Bismarck auf das Schreiben des Abg. v. Varnbüler hat in den weitesten Kreisen und insbesondere unter den Mitgliedern der liberalen parlamentarischen Parteien gerechtes Aufsehen erregt. Ueber die Tragweite und Bedeutung der Erklärung des Reichskanzlers erhalten wir von zwei vielgenannten Abgeordneten beachtenswerthe Zuschriften, die wir ohne Commentar mittheilen. Die erste lautet: „Fürst Bismarck betont in seinem Briefe